



Fraktionsvorsitzender
Karl-Heinz Kalhöfer-Köchling
Am Thie 3
34519 Diemelsee-Benkhausen
Tel. 0151 27 06 29 38
E-Mail: Karl-Heinz@Kalhoefer-Koechling.de

Diemelsee, den 18. Juni 2026

An den Vorsitzenden
der Gemeindevertretung Diemelsee
Herrn René Kratzenberg
Am Kahlenberg 1
34519 Diemelsee-Adorf

Änderungsantrag der SPD-Fraktion zu TOP 4 der Gemeindevertretersitzung vom 18.6.2026:

Der Beschlussvorschlag aus dem Antrag der SPD-Fraktion vom 11. Mai 2026 wird wie folgt ersetzt:

- 1) Der Gemeindevorstand wird beauftragt, unverzüglich einen **Runden Tisch Kindergartenbeförderung** einzuberufen. Teilnehmen sollen Elternvertreter, Vertreter der besonders betroffenen Ortsteile, Vertreter der Fraktionen, die Verwaltung und der Transportunternehmer. Der Runde Tisch soll bis zur Sitzung der Gemeindevertretung am 13.08.2026 einen Lösungsvorschlag mit Kostenvarianten vorlegen.
- 2)
 - a) Der Sperrvermerk zur Kindergartenbeförderung wird teilweise aufgehoben, soweit dies erforderlich ist, um die **morgendliche Beförderung der Kindergartenkinder aus den bisher bedienten Ortsteilen** zu den Kindergärten Adorf, Vasbeck und Heringhausen sicherzustellen.
 - b) Die morgendliche Beförderung wird zunächst **befristet bis zum 31.12.2026** fortgeführt. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem bisherigen Transportunternehmer unverzüglich eine kostengünstige Lösung zu vereinbaren. Dabei sind insbesondere Routenoptimierungen, Sammelpunkte und die tatsächlichen Kinderzahlen zu prüfen.
 - c) Die Freigabe der Mittel erfolgt höchstens bis zu einem Betrag von **21.875,00€**.

Begründung

Die SPD-Fraktion hält nach wie vor die Aufhebung des kompletten Sperrvermerks für erforderlich, weil die Kindergartenbeförderung in Diemelsee nicht lediglich eine freiwillige Zusatzleistung ist, sondern ein wichtiger Bestandteil der familienfreundlichen Infrastruktur unserer Flächengemeinde.

Diemelsee ist keine kompakte Gemeinde mit kurzen Wegen. Die Ortsteile liegen weit auseinander. Die Kindergärten befinden sich nicht für alle Familien in zumutbarer Nähe. Öffentliche Verkehrsmittel stehen nicht zur Verfügung. Viele Eltern müssen erhebliche Entfernungen zurücklegen, um ihre Kinder in den Kindergarten zu bringen. Besonders deutlich wird dies bei den Ortsteilen Deisfeld, Schweinsbühl, Ottlar und Wirmighausen. Eltern aus diesen Orten müssen regelmäßig zunächst durch einen anderen Ort fahren, bevor sie überhaupt den Ort erreichen, in dem sich der Kindergarten befindet. Für manche Familien bedeutet dies Wege von bis zu rund 10 Kilometern je einfacher Strecke.

Das ist im Alltag keine Kleinigkeit. Wer morgens ein Kindergartenkind bringen muss, fährt nicht nur einmal kurz „um die Ecke“. Häufig müssen gleichzeitig ältere Geschwister zur Schule, Eltern müssen pünktlich zur Arbeit, und nicht in jeder Familie steht jederzeit ein zweites Auto zur Verfügung. Gerade in einer ländlichen Gemeinde darf Politik nicht so tun, als könnten alle Familien solche Wege ohne weiteres privat organisieren.

Hinzu kommt: Die heutige Struktur der Kindergärten ist historisch und politisch so gewachsen. Neben Adorf wurden Kindergärten auch in den am Rand der Gemeinde liegenden Orten Vasbeck und Heringhausen geschaffen. Das war nicht zufällig, sondern geschah im Bewusstsein, dass die Kinder aus anderen Ortsteilen ja durch die Gemeinde befördert werden. Insbesondere der Kindergarten in Vasbeck liegt nicht zentral in Diemelsee, sondern an der Peripherie der Gemeinde. Wenn die Gemeinde eine solche Standortstruktur über Jahrzehnte mitträgt, kann sie sich heute nicht ohne weiteres aus der Verantwortung für die daraus entstehenden Wege zurückziehen.

Die Kindergartenbeförderung gleicht diese strukturelle Benachteiligung aus. Sie sorgt dafür, dass Familien aus den weiter entfernten Ortsteilen nicht schlechter gestellt werden als Familien, die in unmittelbarer Nähe eines Kindergartens wohnen. Sie ist damit auch eine Frage der Gleichwertigkeit der Ortsteile. Wer die Beförderung streicht, belastet nicht alle Familien gleichermaßen, sondern vor allem diejenigen, die ohnehin die weitesten Wege haben.

Die inzwischen durch die SPD erfolgte Anhörung der Ortsbeiräte bestätigt, dass die Kinderbeförderung in den betroffenen Ortsteilen mehrheitlich weiterhin als notwendig angesehen wird. Diese Rückmeldungen müssen ernst genommen werden. Ortsbeiräte sind nicht nur anzuhören, damit ein formales Verfahren erfüllt ist. Ihre Einschätzung hat besonderes Gewicht, weil sie die örtlichen Verhältnisse, die Entfernungen und die Belastungen der Familien aus eigener Anschauung kennen.

Auch der Hinweis auf die Finanzlage führt nicht zwingend zur Streichung. Die SPD-Fraktion erkennt die angespannte Haushaltssituation nicht. Der Quartalsbericht zum 31.03.2026 zeigt Risiken, insbesondere bei der Gewerbesteuer und bei noch nicht angeforderten Abschlagszahlungen des Zweckverbands Kindergärten. Zugleich ergibt sich daraus aber keine akute Lage, in der eine sozial wichtige Leistung von 43.750 € zwingend gestrichen werden müsste. Der Bericht weist aus, dass der für 2026 veranschlagte Kredit sowie übertragene Kreditermächtigungen aus 2025 bis zum 31.03.2026 noch nicht in Anspruch genommen wurden und der Kassenbestand rund 1,75 Mio. € betrug. Und der Jahresüberschuss 2025 betrug laut dem allen vorliegenden Quartalsbericht über 400.000 €, trotz der damals noch voll finanzierten Kinderbeförderung.

Die Beförderung betrifft aktuell nur eine begrenzte Zahl von Kindern, hat aber für die betroffenen Familien eine erhebliche praktische Bedeutung. Sie entscheidet mit darüber, ob junge Familien in allen Ortsteilen Diemelsees gut leben können. Gerade eine Gemeinde, die dem demografischen Wandel begegnen und für Familien attraktiv bleiben will, sollte nicht bei einer Leistung sparen, die unmittelbar Kinder und Eltern trifft.

Nach der Beratung im Finanzausschuss und nach Auswertung der Rückmeldungen aus den Ortsbeiräten ist uns aber bewusst, dass unser ursprünglicher Antrag auf vollständige Aufhebung des Sperrvermerks keine Mehrheit finden wird.

Uns geht es aber nicht um ein „Alles oder nichts“, sondern darum, für die betroffenen Familien eine praktikable und finanziell vertretbare Lösung zu finden. Deshalb stellen wir diesen Änderungsantrag, der nur die **morgendliche Beförderung** sicherstellt, und zugleich einen **Runden Tisch** mit Eltern, betroffenen Ortsteilen, Verwaltung, Fraktionen und Transportunternehmer vorsieht.

Gerade morgens ist die Belastung für Familien besonders groß, weil Geschwister zur Schule müssen und Eltern zur Arbeit fahren. Nachmittags lässt sich das Abholen oft eher organisieren. Eine solche Lösung würde also die finanzielle Belastung deutlich reduzieren, aber den Familien in der schwierigsten Tagesphase weiterhelfen.

Wir würden uns freuen, wenn die Fraktionen diesen Kompromissvorschlag mittragen könnten. Unser Ziel ist eine sachliche Lösung, die sowohl die Haushaltslage als auch die Situation der Familien ernst nimmt.



Fraktionsvorsitzender der SPD-Fraktion